

FRAKTIONSBECHLUSS VOM 6.9.2012

» FÜR EINE NEUE HALTUNG – ARTGERECHT STATT MASSENHAFT



Die Intensivtierhaltung in Deutschland hat zu Zuständen geführt, die das Ende des bisherigen Systems der Fleischerzeugung erforderlich machen. Was in unseren Ställen stattfindet, ist nicht länger verantwortbar. Massentierhaltung kommt uns als Gesellschaft teuer zu stehen, denn ihre ökologischen und sozialen Folgekosten werden nicht an der Ladentheke beglichen.

Billiges Fleisch auf Grundlage millionenfachen Tierleids ist ein immerwährender Skandal. Tiere müssen als unsere Mitbewesen ihr art eigenes Verhalten ausleben können. Es muss Schluss damit sein, Tiere an Haltungssysteme anzupassen, indem z.B. Schweinen die Ringelschwänze, Hühnern die Schnabelspitzen und Kühen die Hörner entfernt werden. Es muss Schluss damit sein, immer mehr Tiere auf engstem Raum zusammenzupferchen.

Billiges Fleisch auf Grundlage massiven Antibiotikamissbrauchs gefährdet die Gesundheit der Bevölkerung. Antibiotika für die Humanmedizin drohen unwirksam zu werden, weil der massive Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu Resistenzbildungen führt. Wissenschaftler warnen bereits vor einer Rückkehr in die „präantibiotische Ära vor 1945“.

Massentierhaltung fördert Artensterben und Klimawandel. Für den Anbau von zumeist gentechnisch verändertem Soja und Mais, Grundlage für die billige Fleischproduktion, wird Regenwald gerodet und Grünland umgebrochen – mit verheerenden Folgen für die biologische Vielfalt und das Klima durch steigende CO₂-Emissionen.

Billiges Fleisch verstärkt den Hunger. 30 Prozent der Weltgetreideernte landen heute nicht auf dem Teller sondern im Trog. Die Intensivtierhaltung ist damit zum Lebensmittelkonkurrenten des Menschen geworden. Zudem treiben die Exporte von Billigprodukten und hierzulande nicht vermarktbar Fleischteilen z.B. nach Afrika lokale Bäuerinnen und Bauern in den Ruin. Die Ernährungssouveränität wird dadurch systematisch konterkariert.

Die Missstände in der Massentierhaltung sind kein Zufall sondern logische Folge der industriellen Landwirtschaft, die Tiere nicht als Lebewesen sondern als Produktionsfaktor betrachtet.

Bundesministerin Ilse Aigner nimmt ihre Verantwortung, die eklatanten Fehlentwicklungen und Folgeprobleme dieser Tierhaltung zu beheben, nicht wahr. Statt dessen fördert sie weiter unbeirrt die aggressive Exportpolitik der großen Fleischkonzerne und die Intensivierung der Landwirtschaft. Die überfällige Ökologisierung der EU-Agrarpolitik wird von Schwarz-Gelb im Interesse der Agrarlobby weiterhin blockiert.

Die grüne Bundestagsfraktion fordert:

1. AGRARWENDE FORTSETZEN

Wir wollen das System der Agrarindustrie überwinden. Eine bäuerliche, das heißt ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft mit regional angepasster Größenstruktur und artgerechter Tierhaltung ist die richtige Antwort: Nur sie stärkt die Ernährungssouveränität und die ländlichen Räume, schützt das Klima, erhält die biologische Vielfalt und schont das Wasser und den Boden. Sie ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern eine hochaktuelle Forderung und im besten Sinne modern.

2. ANTIBIOTIKAMISSBRAUCH UNTERBINDEN

100 Prozent der Mastkälber, 90 Prozent der Hühner und 50 Prozent der Schweine erhalten regelmäßig Antibiotika. Die Massentierhaltung funktioniert nur noch mit diesem Treibstoff. Der Missbrauch von Arzneimitteln in der Tiermast muss gestoppt werden. Die grüne Bundestagsfraktion fordert eine Verschärfung der Haltungsvorschriften und der Behandlungsregeln (BT-Drucksache 17/9068). Die Behandlung kranker Einzeltiere anstatt ganzer Viehbestände muss zur Regel werden. Um den massenhaften Vertrieb von Antibiotika zu unterbinden, ist eine zentrale und risikoorientierte Erfassung aller Antibiotikadaten sowie ein Verbot von Mengenrabatten notwendig.

3. BAU VON TIERFABRIKEN STOPPEN

Großmastanlagen schießen überall in Deutschland aus dem Boden. Dabei profitieren Unternehmen von Privilegien im Baurecht, die sich eigentlich an bäuerliche Betriebe mit flächengebundener Tierhaltung richten sollen. Den Kommunen ist es nicht möglich, steuernd einzugreifen und Intensivtierhaltungsanlagen z.B. in Industriegebiete zu verbannen oder ganz zu untersagen.

Die grüne Bundestagsfraktion will daher konsequente Regelungen zur Eindämmung der Massentierhaltung auf den Weg bringen (BT-Drucksache 17/1582). Wir stehen für eine flächengebundene Tierhaltung: Die Privilegierung im Baugesetzbuch muss landwirtschaftlichen Betrieben vorbehalten bleiben, die mehr als 50 Prozent des Futters auf eigenen Flächen erzeugen. Zudem müssen Tierfabriken mit industrieller Haltung sowie Gemeinden mit hohen Tierbesatzdichten von der Privilegierung ausgeschlossen werden.

Wir wollen erreichen, dass die Einhaltung aller Brandschutzvorschriften zwingender Bestandteil jeder Genehmigung von Tierhaltungsanlagen wird.

Die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen wollen wir verschärfen. Die Stallgrößen, ab denen eine Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen muss, wollen wir um 50 Prozent reduzieren. Um die Belastungen von Mensch und Umwelt durch Intensivtierhaltungsanlagen zu vermindern, fordern wir strengere Regelungen zur Reduktion von Bioaerosolen, Ammoniak, Stäuben und Geruchsemissionen. Vielerorts ist auch die Belastung des Grundwassers und der Oberflächengewässer durch Nährstoffe aus der Landwirtschaft zum massiven Problem geworden. Insbesondere in Gegenden mit vielen Tierhaltungsanlagen reicht die Fläche nicht aus, um die anfallende Gülle auszubringen. Rund die Hälfte aller Grundwassermessstellen in Deutschland weisen deutlich überhöhte Nitratkonzentrationen auf. Strengere Kontrollen, u.a. durch ein Güllekataster, sind überfällig. Wir wollen Stallneubauten künftig nur genehmigen, wenn ausreichend Flächen zur Ausbringung von Gülle und Festmist nachgewiesen wurden.

4. FÖRDERPOLITIK REFORMIEREN

Artgerechte Tierhaltung ist der richtige Weg zur Verbesserung von Lebensqualität und Wertschöpfung in ländlichen Regionen. Sie schafft mehr Arbeitsplätze und Wohlstand vor Ort. Das muss sich auch in der staatlichen Förderpolitik widerspiegeln.

Öffentliche Fördergelder dürfen nicht länger in die fortschreitende Intensivierung der Tierhaltung fließen und ein Größenwachstum unterstützen, für das es zu Recht keine gesellschaftliche Akzeptanz gibt. Die Fördergrundsätze im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur (GAK) wollen wir ändern: Stallneubauten sind nur dann zu fördern, wenn der Betrieb ein ausgewogenes Verhältnis von Tierzahl zu Futterfläche nachweist und besonders tier- und umweltgerechte Haltungsverfahren umsetzt. Um die ökologische und regionale Lebensmittelerzeugung zu stärken, wollen wir in der GAK einen Förderschwerpunkt für Aufbau und Modernisierung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen einrichten.

5. ARTGERECHTE HALTUNGSBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Zehn Jahre nach Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz müssen endlich Konsequenzen für die landwirtschaftliche Tierhaltung gezogen werden. Das Wohl der Tiere darf nicht länger aus rein wirtschaftlichen Interessen ignoriert werden. Darum haben wir einen Entwurf für ein neues Tierschutzgesetz vorgelegt (BT-Drucksache 17/9783).

Zukünftig dürfen nur noch solche Haltungen zugelassen werden, in denen die Tiere ihre artgemäßen Verhaltensweisen ausleben können. Dabei muss vor allem den Grundbedürfnissen der Tiere nach Ruhe, Bewegung, Beschäftigung und Nahrung Rechnung getragen werden. Für jede Tierart muss dazu eine Tierschutz-Nutztierhaltungs-Verordnung erlassen werden, die ausreichend Platz, Auslauf und Licht sowie artgerechtes Futter vorschreibt und somit gute Haltungsbedingungen für die Tiere schafft. Die gängige Praxis, Tiere an die Haltungssysteme anzupassen, wollen wir beenden. Teilamputation der Schnäbel beim Geflügel, Enthornung bei Rindern und das Schwanzkupieren und Zahnkneifen bei Schweinen sind mit unserem Tierschutzgesetz verboten. Die Kastration von Ferkeln soll nur noch mit Betäubung zulässig sein.

Tiertransporte wollen wir innerhalb Deutschlands auf vier Stunden begrenzen. Darüber hinaus wollen wir das Schlachten im Akkord verbieten und Möglichkeiten schaffen, Tiere wieder verstärkt im Betrieb zu töten, z.B. in mobilen Schlachtstätten. Qualzuchten und das Klonen von Tieren wollen wir wirksam verbieten. Denn aus grüner Sicht ist es nicht vertretbar, Tiere zu züchten, die aufgrund ihrer genetischen Disposition ohne massive Tierschutzprobleme gar nicht oder nur bei überragendem Management gehalten werden können. Die Züchtungsforschung muss sich auf gesunde und robuste Tiere konzentrieren.

6. FUTTERMITTELIMPORTE REDUZIEREN UND GENTECHNIKFREI WIRTSCHAFTEN

Die Tierhaltung in Deutschland ist auf den massiven Import von Eiweißfuttermitteln angewiesen. Aktuell führen wir allein aus Südamerika Soja von zusätzlich 2,5 Millionen Hektar Ackerland ein. Das entspricht 20 Prozent der deutschen Ackerfläche. In den Ländern des Südens hat dieser Futtermittelimport ebenso wie Importe zur Umsetzung der EU-Biokraftstoffquote massive ökologische und soziale Auswirkungen, wobei die weltweit enorm steigende Flächennachfrage für Futtermittelanbau die für Energiepflanzen um ein Vielfaches übertrifft. Kleinbauern werden von ihrem Land vertrieben, die Lebensmittelerzeugung der Menschen vor Ort wird verdrängt, der Regenwald für den Sojaanbau gerodet.

Für uns Grüne gilt das Prinzip **„Food first“**: der Teller hat klare Priorität vor Trog und Tank. Unabhängig von der Nutzung darf Biomasse nur dann importiert werden, wenn sie einer Nachhaltigkeitszertifizierung unterliegt.

Der Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen führt zu einem massiven Einsatz von Glyphosat-haltigen Pestiziden mit weitreichenden Folgen für die Gesundheit der Menschen vor Ort und für die Umwelt. Studien belegen die fruchtschädigende Wirkung von Glyphosat auch in niedrigen Dosen. Dies ist umso alarmierender, weil neue Untersuchungsergebnisse auf die Aufnahme des Wirkstoffs über die Nahrungskette hindeuten. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die bestehenden Zulassungen für Glyphosathaltige Pestizide bis zu einer umfassenden Neubewertung des Wirkstoffes auszusetzen sowie ein systematisches Rückstandsmonitoring durchzuführen.

Die grüne Bundestagsfraktion will die heimische Selbstversorgung bei Futtermitteln massiv stärken. Die Größe der Tierbestände muss an den Umfang der möglichen Futtermittelerzeugung angepasst werden. Den Anbau von Eiweißpflanzen in Deutschland wollen wir mit einem Förderprogramm von 5 Millionen Euro fördern. Darüber hinaus muss im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Europäischen

Agrarpolitik der Anbau von Eiweißpflanzen zur Voraussetzung für den Erhalt von Direktzahlungen werden.

7. ENTSCHEIDUNGSFREIHEIT DER VERBRAUCHERINNEN STÄRKEN

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Produkte aus artgerechter Tierhaltung. Das bestätigen nicht nur zahlreiche Umfragen sondern z.B. auch der enorm gestiegene Absatz von Eiern aus artgerechter Haltung seit Einführung der Kennzeichnung 2004. Seitdem sind Käfigeier fast überall aus den Supermarktregalen verschwunden. Die grüne Bundestagsfraktion fordert die Einführung einer umfassenden Tierhaltungskennzeichnung für alle Lebensmittel, damit die Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden. Verbrauchertäuschung in der Werbung und auf den Produkten, die Bauernhofidylle vorgaukelt, muss dagegen konsequent verboten und geahndet werden.

Nur wer gut informiert ist, kann sich für eine gesunde, nachhaltige Ernährung entscheiden. Heute fehlt es jedoch oftmals an objektiven Informationen zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen unseres Ernährungsstils. Im Gegenteil: Zu oft werden uns ein hoher Fleischkonsum, Fast Food und andere nicht nachhaltige Ernährungsformen als erstrebenswerter Lebensstil verkauft.

Die grüne Bundestagsfraktion fordert eine öffentliche Aufklärungskampagne zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Fleischkonsums und den Möglichkeiten nachhaltigerer Ernährung. Wir unterstützen zudem die Stärkung eines vegetarischen und veganen Angebots in öffentlichen Kantinen sowie den sogenannten Veggie-Day. Schon in Kitas und Schulen wollen wir die Ernährungsbildung stärken, damit das Bewusstsein für eine gesunde, nachhaltige Ernährung von Beginn an mitwächst.